

Ausgabe Mai 2012

pro+kontra

Stadtzeitung der DKP für Püttlingen

Bio-Mülltonne soll um 65 Prozent teurer werden:

EVS will Abzockerei weiterführen

Als das neue Wertstoff-Zentrum in Walpershofen in Betrieb genommen wurde (Bericht auf Seite 8), wurde angekündigt, dass die Abfallgebühren künftig reduziert würden. Das hört sich gut an, stimmt aber mit den Realitäten nicht überein. Zunächst soll die unverschämte Abzockerei des EVS weitergeführt werden.

Wie Geschäftsführer Gisch in der Presse (SZ vom 30.3.12) bekannt gab, hat der EVS im vorigen Jahr „Mindereinnahmen von insgesamt 9,1 Millionen Euro“ zu beklagen. Da wirke sich das Gerichtsurteil über die Mindestentleerungen aus (nur noch vier). Zudem ließen die Bürger nur 13 Tonnen leeren, statt geplanter 15. Außerdem wurde die Biotonne nicht so häufig genutzt, wie es der Verband erwartet hatte. Statt nun das eigene Planungsverfahren kritisch zu überdenken, werden sofort die

Verbraucher zum Sündenbock gemacht und mit Erhöhungen bestraft.

Für die Restmülltonnen soll die Basisgebühr, in der vier Mindestleerungen enthalten sind, von bisher 76,90 auf 84,20 Euro (+ 9,5 %) steigen. Jede zusätzliche Leerung würde dann 7,30 statt bisher 6,74 Euro (+ 8,3 %) kosten. Noch drastischer soll der Preis für die Biotonne hochgehen: Von bisher 35,04 auf 58 Euro (+ 65,5 %), wobei die Zahl der Mindestleerungen von 22 auf 26 erhöht wird.

Die DKP hatte schon im Ausschuss das geplante Vorgehen des EVS abgelehnt und im Stadtrat erneut gegen die Erhöhungen plädiert. Selbst die CDU fühlte sich nicht mehr wohl in ihrer Haut und bat um Sitzungsunterbrechung. Danach wurde abgestimmt und der Bürgermeister **einstimmig** beauftragt, alle Verteuerungen des EVS abzulehnen.

Bäume für eine gesunde Umwelt unverzichtbar



Am 21. April wurde der traditionelle „Tag des Baumes“ zum Anlass einer Pflanzaktion in Püttlingen genommen, wobei drei Dutzend wertvolle Bäume gesetzt wurden. Eine Edelkastanie fand in unmittelbarer Nähe der Hütte der „Artenschutzgemeinschaft Köllertal“ ihren Platz (unser Foto), die sich bei dieser Aktion besonders engagierte. Neben vielen im Naturschutz tätigen Mitbürgern nahmen auch Vertreter der Ratsfraktionen, darunter der DKP-Fraktionsvorsitzende, an dieser symbolischen Aktion teil.



Das Früh-Linksfest

hat eine gute Tradition. Da treffen sich die unterschiedlichsten Linken und viele Andere, und meist steht der Meinungsaustausch über aktuelle Fragen im Mittelpunkt. Wie immer gibt es ein abwechslungsreiches Programm. Wir freuen uns auf Ihren Besuch an der Fischerhütte. Mehr dazu auf den Innenseiten!

Eine Veranstaltung der DKP-Fraktion

Resolution des Stadtrates:

Rechtsextremistische Mordtaten verurteilt

Anfang des Jahres brachte die DKP-Fraktion einen Antrag ein, das Thema „Neofaschistische Verbrechen“ im Stadtrat zu behandeln. Anlaß dazu waren die Verbrechen der Zwickauer Terrorzelle „Nationalsozialistischer Untergrund“, welche 14 Jahre lang bundesweit ihr heimtückisches Morden betrieb. Die Ratsmehrheit lehnte damals einen von der DKP vorgelegten Resolutionstext ab. Danach wurde der Punkt vertagt und im letzten Hauptausschuss erneut behandelt.

In der Sitzung vom 25. April wurde nun ein neuer Resolutionsentwurf einstimmig beschlossen. Darin heißt es: „Wir sind zutiefst beschämt, dass nach den ungeheuren Verbrechen des nationalsozialistischen Regimes rechtsextremistische Ideologie in unserem Land eine blutige Spur unvorstellbarer Mordtaten hervorbringt. Wir erwarten, dass die Morde mit aller Konsequenz zügig aufgeklärt werden“.

Regierung Maas-Karrenbauer hat die Arbeit aufgenommen:

Sparen wird groß geschrieben und beherrscht alles

Als die Jamaika-Koalition im Saarbrücker Landtag schmählich zusammenbrach, hatten viele gehofft, dass es endlich zu einem Kurswechsel kommt. In einer Zeit, wo sich europaweit die Situation der breiten Volksmassen massiv verschlechtert, wo die anhaltende Finanz- und Wirtschaftskrise das Machtkartell von Kabinett und Kapital zu immer neuen und drastischeren Angriffen auf die soziale Lage ermuntert, wäre die Durchsetzung einer neuen Politik mehr als fällig gewesen. Leider wurde dieser alternative Weg schon vor der Wahl mit der Orientierung von CDU und SPD auf eine Große Koalition verbaut.

Der 25. März war auf Wahlplakaten der SPD als „Beginn der Sommerzeit“ gewürdigt worden und sollte sicherlich implizieren, dass damit auch eine neue Zeit für die Landespolitik beginnt. Aber die Wähler haben der SPD die Ernte verhagelt; Maas konnte sein sehnlichstes Ziel, endlich mal Ministerpräsident zu werden, nicht realisieren. Jetzt muss er sich mit der Rolle eines „Dienstmannes“ für Annegret Kramp-Karrenbauer zufrieden geben. Wer sich freiwillig in der Gefangenschaft der Großen Koalition begeben hat, muss sich jedoch nicht wundern, wenn er künftig die Fesseln dieser Entscheidung schmerzhaft zu spüren bekommt.

Die Chance für einen Politikwechsel im Saarland ist durch den Pakt zwischen CDU und SPD vertan worden, jetzt werden die Konturen drohender Einschränkungen sichtbar, denen die Menschen unseres Landes ausgesetzt wer-

den. Nehmen wir nur die geplanten Einsparungen im Personalbereich. So soll bis 2020 jede dritte freiwerdende Stelle im öffentlichen Dienst nicht mehr besetzt werden. Um mindestens 2.400 Arbeitsplätze geht es dabei.

Warnung vor Kahlschlag

Angeblich soll der Personalabbau ohne Kündigungen vonstattengehen. Das ist aber ein schwacher Trost, denn schon jetzt gibt es einige Bereiche (Bauhöfe, Kindergärten, Krankenhäuser und Pflegestätten) mit erheblichen Personal-Engpässen. Hier weiter zu sparen bedeutet, dass die Arbeitsanforderungen an das verbleibende Personal erheblich ausgeweitet werden. Vertreter der Kommunalen Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsmanagement (KGSt) halten die Sparpläne der Landesregierung „für nicht seriös“.



Wenn man berücksichtigt, dass Peugot seine Zentrale aus Saarbrücken abzieht, die Schlecker-Geschäfte schließen und die Praktiker-Zentrale aus dem Saarland verschwindet, wenn man zudem weiß, dass beim Rechenzentrum der Sparkassen-Finanzgruppe jeder dritte Arbeitsplatz in Gefahr ist und auch sonstwo Stellen verloren gehen, dann ist es doppelt schlimm, wenn im öffentlichen Dienst der Kahlschlag bei den Beschäftigten angesetzt wird.

Blamabel ist, dass der „Superminister“ Maas vor AKK gehorsam kuscht und damit einverstanden ist, dass die neue Regierung keine Initiative für einen flächendeckenden Mindestlohn im Bundesrat ergreifen will. Eindringliche Forderungen aus den Gewerkschaften und Betrieben werden damit ignoriert.

Halbherziges Vorgehen

Nicht weniger fragwürdig ist das Verhalten zu Finanzfragen des Landes. Angeblich will die neue Landesregierung neben den immensen Einsparungen, die mit der Schuldenbremse begründet werden, auch etwas für die Stärkung der Einnahmeseite tun. So wolle das Land im Bundesrat Initiativen zur Erhöhung des Spitzensteuersatzes ergreifen, allerdings ohne dabei das „wirtschaftliche Wachstum und die Unternehmer“ zu stark zu belasten. Was da wohl rauskommen wird, wenn die Spitzenverdiener wie üblich zu jammern anfangen? Ob dann noch Mumm genug da ist, diese Leute trotzdem zur Kasse zu bitten?

Vorstöße für eine Transaktionssteuer will man im Bundesrat mittragen, aber



Auf dem Schulhof der Grundschule Viktoria auf der Ritterstraße wurde am 28. April ein mehrstündiges Programm gestartet, bei dem die Ergebnisse des Projektes „Im Land der Blaukarierten“ vorgestellt wurde. Alles in allem eine tolle Veranstaltung, die auch Eltern und Besucher überzeugt hat.

keine eigene Initiative dafür ergreifen. Und schon garnicht will man sich für die Wiedereinführung der Vermögenssteuer engagieren, obwohl gerade hier ein schöner Batzen an Einnahmen gesichert werden könnte.

Also, in vielen Bereichen gibt es halbherzige Maßnahmen und durchweg zu Lasten der einfachen Leute: Sparorgien im öffentlichen Dienst, in Krankenhäusern und Schulen, bei kulturellen Einrichtungen und an den Hochschulen, bei Investitionen in Infrastruktur und dringend notwendige Sanierungen wirken sich aus.

Kommunale Finanznot

Wie unzureichend die Landesregierung ihrer Verantwortung gerecht wird, macht auch ihre Haltung gegenüber den Kommunen deutlich. Da will das Land den 52 Städten und Gemeinden jährlich 17 Millionen Euro als Sanierungsbeitrag zur Verfügung stellen. Voraussetzung ist allerdings, dass sich die Kommunen mit der gleichen Summe daran beteiligen. Nur, dieses Geld ist bei den meisten Gemeinden nicht vorhanden, es sei denn, dass neue Schulden gemacht werden.

Zudem ist die angesetzte Summe viel zu niedrig, um den Kommunen aus dem Finanzkeller heraushelfen zu können. Nehmen wir einmal Püttlingen:

Die Zinsen für laufende Investitionskredite belaufen sich auf 172.000 Euro in diesem Jahr. Hinzu kommen 780.000 Euro für Kassenkredite, die die Stadt aufnehmen muss, um ihre laufenden Verpflichtungen (einschl. Personalkosten) bezahlen zu können. Insgesamt also fast eine Million Euro jährlich an Zinsen. Eine ähnliche Situation ist in anderen Kommunen zu verzeichnen. Da sind 17 Mio. für alle zusammen nur ein Tropfen auf den heißen Stein.

Eisernes sparen ist der rote Faden im Regierungsprogramm der Großen Koalition. Die werktätigen Menschen, ihre Gewerkschaften und Sozialverbände tun gut daran, sich auf Abwehrkämpfe einzustellen. Nur auf diese Weise kann verhindert werden, dass noch mehr Saarländer zu Armutopfern werden.

pro+kontra

Herausgeber: Stadtorganisation d. DKP in Püttlingen - Verantw. f. d. Inhalt: Franz Hertel, Weiherbergstr. 51 - Eigendruck



EU- das ist Reichtum und Armut zugleich

Glaubt man den Regierenden, dann befinden sich EU und Eurozone nach dem tiefen Kriseneinbruch im Jahre 2009 seit 2010 im Konjunkturaufschwung. Das ist aber nur die eine Hälfte der Wahrheit, denn aufwärts geht es mit Konzernprofiten und dem Geldreichtum der Millionäre, auf der anderen Seite wachsen aber Arbeitslosigkeit und Armut.

In der EU sind die Staatsschulden und Arbeitslosenzahlen gestiegen. Kurz vor Ostern meldete die EU-Kommission die höchste Arbeitslosigkeit seit ihren Aufzeichnungen: 10,2 % für die EU 27 und 10,8 % für den Euroraum. Jeder neunte Einwohner von Euroland ist ohne Arbeit, verdeckte Arbeitslosigkeit und Statistikmanipulationen noch gar nicht eingerechnet und auch nicht das zunehmende Ausmaß prekärer Arbeit.

Hinter den nüchternen Prozentzahlen verbergen sich Millionen von Einzel- und Familienschicksalen. In Europa sind inzwischen fast 25 Millionen Menschen ohne Arbeit. 25 Millionen – Diese Zahl bedeutet, dass in ganz Frankreich kein arbeitsfähiger Mensch eine bezahlte Arbeit hätte.

Notwendig ist daher, die kaufkräftige Nachfrage muss durch entsprechende Lohnerhöhungen und wirksame Besteuerung der Reichen, verbunden mit einer öffentlichen Daseinsvorsorge, erhöht werden. Lohnabschlüsse, die gerade mal die Inflationsrate ausgleichen, reichen nicht.

Der „griechische“ oder „spanische“ Weg der Einsparung hunderttausender Stellen im öffentlichen Dienst, der Kappung öffentlicher Investitionen, der Lohn- und Rentenkürzungen wird die Arbeitslosigkeit weiter verschärfen und in die Depression münden.

Der „Fiskalpakt“, den die Bundesregie-

rung im Juni beschließen lassen will, ist eine Kriegserklärung zur Zerstörung öffentlicher sozialer Dienstleistungen und grundlegender sozialer Arbeiterrechte und politischer Rechte der Bürger Europas. Auf endlose Zeit soll ein ständig wachsender Anteil des gesellschaftlich geschaffenen Reichtums in die Taschen der Banken und Reichen fließen. Dagegen gilt es breiten Protest zu entwickeln und den Widerstand zu organisieren.

Übrigens: In Europa gibt es 10,2 Millionen Millionäre und Multimillionäre, die 2010 über ein Geldvermögen von insgesamt 10,2 Billionen Dollar verfügten. Während Arbeitslose und Arme durch die Krise ärmer geworden sind, haben diese Superreichen an der Krise verdient.

Würde man die Millionärsvermögen nur mit 10 Prozent besteuern, hätte man eine Billion Dollar – über 750 Milliarden Euro! – für ein Programm, das man zur Bekämpfung von Armut und Arbeitslosigkeit einsetzen könnte.

Europa

Das ist ein Thema, welches in „pro + kontra“ (allein schon aus Platzgründen) zu kurz kommt. Deshalb ist es gut, die Wochenzeitung UZ zu lesen.

Einladung an die Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt:

Früh-Linksfest 2012



Früh-Linksfest im Kesselfeld

16. Juni
15.00 h

Werte Mitbürgerinnen & Mitbürger,
liebe Kollegen, Freunde und Genossen:

Sie sind herzlich willkommen beim Früh-Linksfest 2012

Ewald Raubuch

**Heizungsanlagen - Solartechnik
Badinstallationen**



Hohbergstr. 31 - 66346 Püttlingen
Tel./Fax: 06898 - 6 36 93

Der Fachbetrieb in Ihrer Nähe

Täglich von 08.00 bis 11.30 Uhr

FRÜHSTÜCKSBUFFET

ab 12.00 Uhr

**FLAMMKUCHEN IN VERSCH. SORTEN
& SALATBUFFET**

Die Adresse für gemütliches Ambiente im Herzen von Püttlingen

M7 . Am Markt 7 . Püttlingen



• BAR
• CAFÉ
• LOUNGE



Immer für eine Feier gut! Ob Hochzeit, Geburtstag
oder die Erstkommunion - genießen Sie Ihre Festtage
in entspannter Atmosphäre. Wir haben Platz bis 200
Personen! Aber es geht auch eine Nummer kleiner.

Inh. Fam. Topal



Köllertalstr. 143, Püttlingen
Tel. 0 68 98 / 92 08 03
www.brasserie-trimmtreff.de

*Suchen Sie einen netten Krimi, ein Fachbuch oder
einen Bestseller? Kennen Sie unser ausgewähltes
Sortiment an edlen Schreibgeräten?
Bei uns werden Sie fündig.*



*Buchhandlung
Balzert*

Inh. Chr. Balzert-Stein
**Pickardstraße 31
66346 Püttlingen**
Telefon 06898/62707

Aus der Natur für die Natur

**Püttlinger Pflanzboden
Püttlinger Natur-Kompost**

SCHMEER
Umwelt GmbH

Auf dem Dickenberg
66346 Püttlingen
Tel. 0 68 98 - 96 36-0
Fax: 0 68 98 - 96 36-36
umwelt@sandundkies.de
www.sandundkies.de



FENSTER-JERUSALEM GmbH
VERTRAGSPARTNER DER
SALAMANDER-WERKE

Eigene Produktion von
Fenstern, Türen u. Rolläden

Köllertalstraße 8
66346 Püttlingen

Telefon: (06898) 6 38 74 - Fax: (06898) 6 77 26

Gasthaus W. Meyer

Geöffnet ab 17.00 Uhr
Ruhetage: Montag u. Donnerstag

**Speisen à la Carte und
vom Kamin-Grill**

Probieren Sie doch mal unser
Freitags-Angebot. Hierzu erhalten
Sie 1 Bier und 1 Absacker. Für die
kleinen Gäste: Kindercocktail + Eis.
Wir empfehlen uns für Festlichkei-
ten aller Art (bis 150 Personen).

Aspenschacht, Bärenbergstr. 126
Telefon 06806 - 3723
66346 Köllerbach-Püttlingen

**Café
Bäckerei
Conditorei**

BLANKE

Spezialitäten frisch aus
der Backstube

66346 Püttlingen

Weierbachstraße 4
Telefon 06898 - 6 62 79
Café Marktstraße 20
Telefon 06898 - 69 46 03



Jansen's Eck

Ecke Völklinger / Derler Straße
66346 Püttlingen
Telefon 6 63 86
Donnerstags Ruhetag

Sonntags von 12 bis 14 Uhr
Gutbürgerlicher Mittagstisch
mit Vor- und Nachspeise

Frei nach dem Spruch „Den Seinen gibt's der Herr im Schlafe“:

Dax-Bosse konnten Barvergütungen mehr als verdoppeln

Während die Arbeitnehmer im vergangenen Jahrzehnt einen Reallohnverlust von 4,1 Prozent im Durchschnitt hinnehmen mussten, haben die Bosse mächtig abgesahnt. Nach der Vorstandvergütungsstudie 2011 der Deutschen Schutzvereinigung für Wertpapierbesitz (DSW) haben sich die Bezüge der Dax-Vorstände in den vergangenen zehn Jahren mehr als verdoppelt (+ 119 Prozent). Da lässt sich eine Inflationsrate von 17% für diese Zeitspanne locker wegstecken. Es bleibt immer noch eine Verdoppelung.

Auch die Finanz- und Wirtschaftskrise, die sie in ihrem Profitrausch mit verursacht haben, konnte ihnen nichts anhaben. Sie haben danach sofort kräftig zugehakt. Mit einer Steigerung der Bezüge im Jahr 2010 um 22 Prozent erreichten sie bereits wieder Vorkrisenniveau: 2,92 Mio. Euro bei normalen Vorständen und 4,54 Millionen bei den Vorstandschefs. Während sich die Beschäftigten im ersten Nachkrisen-Jahr mit einem Lohnzuwachs von 2,2 Prozent brutto begnügen mussten, steigerten die Bosse ihre Bezüge um den zehnfachen Prozentsatz.

Auch die Aufsichtsräte, welche die Vorstandsbezüge absegnen müssen, langten ihrerseits kräftig zu (2010: plus 45 Prozent). Im Durchschnitt 250.000 Euro verdient ein Dax-Aufsichtsratsvorsitzender, für vier Sitzungen im Jahr.

Obszöne Gehälter

Aufsteiger des Jahres unter den Dax-Bossen ist zweifelsohne VW-Chef Martin Winterkorn. Er erhöhte sich seine Vorstandsbezüge um 63 Prozent auf 16,6 Millionen Euro; inklusive Sonderzahlungen sogar 17,4 Millionen Euro. Das ist absolute Spitze, soviel strich noch kein Vorstandsvorsitzender vor ihm ein. Der bisherige Rekordhalter, Josef Ackermann, brachte es in 2007 „nur“ auf 13,8 Millionen.

Weltweit gab es nur zwei Manager mit höherem Gehalt: Robert Iger (Walt Disney) mit 21,9 Mio. Euro u. Leo Apotheker (Hewlett-Packard) mit 18,1 Mio. Soviel Raffke-Mentalität regte sogar Investoren, Aktionärsvertreter und Familienunternehmer auf. Kein Top-Manager sei das 300- oder 400-fache eines



Bezüge des Vorstandsvorsitzenden 2011 in Millionen Euro

einfachen Angestellten wert. Der in Hamburg lehrende Wirtschaftsjurist Michael Adams spricht von „obszönen Gehältern“ und „spätromischer Dekadenz“:

„Nur die römischen Senatoren hatten sich ähnlich weit entfernt vom gewöhnlichen Volk. Muss ein Vorstand mehr als das 50fache der Bundeskanzlerin verdienen? Das 180fache eines Professors oder 15 Mal soviel wie ein Nobelpreisträger bekommt?“

Die restlichen Dax-30-Manager geben sich auch nicht eben mit Minilöhnen zufrieden. An nächster Stelle folgte 2011 Josef Ackermann (mit 9,4 Mio. Euro) und Siemens-Chef Löscher (8,7). Im Schnitt kassierten die Vorstandsvorsitzenden der Dax-Konzerne 5,9 Millionen Euro.

Immer mehr Vorstände erhöhen ihr Fixgehalt. Denn Boni und andere erfolgsabhängige Bestandteile ihrer Bezüge schrumpfen naturgemäß in Zeiten wirtschaftlicher Flaute.

Höhere Festgehälter haben zudem höhere Altersrückstellungen zur Folge, da die Pensionsansprüche an das Fixum gekoppelt sind.

Eine Reihe von Dax-Chefs bringt es bereits auf zweistellige Pensionsansprüche: Zetsche (Daimler) = 26 Mio. Euro, Winterkorn (VW) = 18 Mio, Ackermann (Deutsche Bank) = 13 Millionen usw. Aber auch die anderen

Vorstandschefs müssen keine Altersarmut befürchten: Im Schnitt bringt es jeder Dax-Vorstandschef auf acht Millionen Euro Pensionsanspruch. Mindestens 500.000 Euro jährliche Pensionszahlung kommen hinzu.

(Gekürzter Text aus einem Beitrag des ISW-Wirtschaftsinfo 46 - April 2012)

Rentner werden mit Mini-Anhebung abgespeist

Die Rentner erhalten ab dem 1. Juli im Westen 2,18 und im Osten 2,26 Prozent mehr. Nach der nicht einmal einprozentigen Anhebung im vergangenen Jahr und der Nullrunde in 2010 gebe es diesmal eine „kräftige Steigerung“, verkündete wahrheitswidrig die Ministerin. Im Grunde ist das eine Provokation.

Richtig ist, dass Rentnerinnen und Rentner nach einer langen Serie von Nullrunden und Mini-Erhöhungen wahrlich eine kräftige Rentenanpassung verdient hätten. Real bedeutet die angeblich „kräftige Steigerung“ bei einer bisher durchschnittlichen Monatsrente von 750 Euro eine Erhöhung im Westen um 16,35 Euro und im Osten um 16,95 Euro. Bei einem Rentner mit 1.200 Euro beträgt das Plus im Westen 26,16 und im Osten 27,12 Euro. Dieser geringe Anstieg wird durch die Preisentwicklung wieder aufgefressen.



Aufmerksam folgen die Besucher den Ausführungen von Paul Sperling (Heimatkundlicher Verein), der am 29. März in der Volksbank Saar-West in Köllerbach eine Serie von Ausstellungen über die Geschichte des Püttlinger Bergbaus vorstellte. Drei weitere Ausstellungen werden noch folgen. Angesichts der Tatsache, dass Mitte des Jahres der Bergbau im Saarland leider für immer zu Ende geht, ist es ein sinnvolles Unternehmen, wenigstens die Geschichte des Bergbaues, der unsere Heimat und seine Menschen so nachdrücklich geprägt hat, für die Zukunft zu bewahren.

Kulturbanausen fehlt das Fingerspitzengefühl

Schon seit 20 Jahren organisiert das Kulturforum Köllertal e.V. die sehr beliebte Open-Air-Saison des „Sommerfahrplanes“. So war es nur folgerichtig, dass der Verein aus Anlass des 20-jährigen Jubiläums einen Zuschussantrag in Höhe von 2.000 Euro stellte. Jedoch hier hatte der Bürgermeister die Rechnung ohne etliche Kulturbanausen der Mehrheitsfraktion gemacht.

Obschon die Verwaltung vorschlug, sich mit 2.000 Euro zu beteiligen, wurde dieses Ansinnen zurückgewiesen. Erneut zeigte sich die Verklemmtheit von Unionsleuten, die bereits vor zwei Jahren eine dauerhafte Beteiligung der Stadt an den „Fahrplänen“ ablehnten. Eine Entscheidung, die man angesichts der wachsenden Resonanz dieser Einrichtung nicht nachvollziehen kann.

Jetzt soll der Antrag des Kulturforums wie jeder andere Antrag nach den „Richtlinien für die gemeinwohlorientierte Vereinsarbeit“ behandelt werden, mit Kostennachweisen usw. Doch das, was bei den „Fahrplänen“ geleistet wird, ist mit den Zuschussprojekten anderer Vereine nicht vergleichbar. Am Kulturbahnhof werden eine ganze Saison lang Veranstaltungen angeboten,

die sich manche Besucher sonst gar nicht leisten könnten. Die Kosten dafür sind immens und wohl nicht bis auf den letzten Cent berechenbar. Mit etwas Fingerspitzengefühl wäre hier eine bessere Lösung möglich gewesen.

Wilhelm Blank war ein aufrechter Antifaschist:

Gedenken an einen guten Freund

Der Püttlinger Bürger Willi Blank, ein Sozialdemokrat aus altem Schrot und Korn, überzeugter Antifaschist und langjähriger Vorsitzender der Natur-



Streiflichter des kommunalen Geschehens

Kurz und knapp

Ewald Raubuch aus Püttlingen ist von der Interessengemeinschaft Köllertaler Fußballvereine einstimmig als 1. Vorsitzender wiedergewählt worden. Raubuch war etliche Jahre Vorsitzender des FV 08 Püttlingen und hatte in den 80er Jahren lange Zeit die Fußballturniere der DKP-Stadtzeitung „pro + kontra“ mitorganisiert. Gratulation zur Wahl!

*

Nutzung von Solarstrom ist ein Vorhaben, das von der DKP aktiv unterstützt wird. Als es im vergangenen Jahr um die Errichtung einer Photovoltaik-Anlage auf dem ehemaligen SKF-Parkplatz ging, plädierte die DKP für die Stadt als Betreiber. Das wurde damals abgelehnt. Inzwischen gibt es Überlegungen, eine weitere Solaranlage auf dem Dickenberg (ehemalige Sandgrube) zu errichten. Diesmal soll die KSP der Betreiber sein. Das ist gut so.

freunde in Püttlingen, ist im Alter von nahezu 85 Jahren verstorben. Er, der in der Arbeiterbewegung von Jugend an seine Heimat fand, hatte nie Probleme mit seinen kommunistischen Freunden und Kollegen, nahm oft an Veranstaltungen der DKP teil und betonte immer wieder, dass Sozialdemokraten und Kommunisten eine gemeinsame Verantwortung haben, wenn es um die Realisierung einer sozial gesicherten, friedlichen und gerechten Zukunft für das arbeitende Volk geht. Wir werden ihn in guter Erinnerung behalten.

Unser Foto zeigt das NF-Ehrenmitglied Willi Blank (Bildmitte) im Juli 2004 bei der Pflanzung eines Gingko-Baumes im neu gestalteten Stadtpark anlässlich des 80jährigen Bestehens der Naturfreunde Püttlingen.



Zahlreiche Ehrengäste und Besucher waren am 31. März nach Walpershofen gekommen, um die offizielle Übergabe des neuen Wertstoffzentrums mitzuerleben. Unter ihnen waren auch Ratsmitglieder aus Püttlingen, so die DKP-Vertreter Franz Hertel und Hans Schwindling (Foto: 3. v. links). Über 30 große (unten) und kleinere Container sind aufgestellt, um die Wertstoffe aufzunehmen.



Ein halbes Jahr dauerte der Umbau in Walpershofen:

Neues Wertstoff-Zentrum des EVS jetzt in Betrieb genommen

Schon gleich am Eröffnungstag war ein reges Gedränge zu verzeichnen. Zahllose Bürger wollten die neue Sammelstelle kennenlernen und ihre Wertstoffe in die Container füllen. Durchweg wurde dabei anerkannt, dass die neue Anlage bestens eingerichtet ist und es den Menschen erleichtert, Überflüssiges loszuwerden.

Es ist gut, dass die Kommunen Riegelsberg, Heusweiler und Püttlingen dieses Wertstoffzentrum gemeinsam betreiben und auch der EVS dafür eine gute Stange Geld in die Hand genommen hat. Schließlich soll dadurch das Müllaufkommen weiter reduziert werden, was sich vor allem bei der Hausmüllabfuhr bemerkbar machen dürfte.

EVS-Geschäftsführer Ecker hatte in seiner Eröffnungsrede betont, dass das seit Anfang 2011 geltende mengenabhängige Gebührensystem es möglich mache, die Abfallmenge in den Grauen Tonnen deutlich zu reduzieren. Dagegen ist nichts einzuwenden.

Bedenklich ist allerdings, dass der EVS erneut höhere Müllgebühren plant (siehe Seite 1). Außerdem ist das Vorhaben fragwürdig, denn obwohl die Abfallmengen rückläufig sind, sollen die Verbraucher tiefer in die Tasche greifen. Wo bleibt denn da die Logik?

Der Bürger reduziert das Müllaufkommen, indem er immer mehr Abfallstoffe der Verwertung zuführt, und erhofft sich dadurch eine Verbilligung. Doch das Gegenteil ist der Fall. Ähnlich ist es beim Wasser. Auch hier wurde der Verbrauch in den letzten Jahren stark reduziert, trotzdem steigen die Wassergebühren, weil sich die Fixkosten erhöhen. So hirnrissig ist das also im neoliberalen Kapitalismus, wo der Verbraucher immer zahlen muss, egal wie er sich verhält.

Wir brauchen andere Berechnungsgrundlagen, die sich an ökologischen und sozialen Gesichtspunkten ausrichten und den Verbrauchern auch Vorteile bringen, wenn diese Müll, Wasser oder Energie sparen helfen. Nicht der Profit, sondern der Schutz der Umwelt und das Wohl der Bürger müssen im Mittelpunkt stehen.

Auch Vielschwimmer müssen kräftig blechen

Als der Stadtrat zum Jahresanfang die Badegebühren rabiat erhöhte, stimmten nur DKP und Linke dagegen. Danach gab es massive Proteste, vor allem von Vielschwimmern. Für diese führt die Ersetzung der Jahreskarte durch eine Fünfkartenkarte - je nach Nutzung - zu Preissteigerungen bis über 300 Prozent. In einer Unterschriftenaktion forderten 103 Betroffene, die Jahreskarte wieder einzuführen. Die DKP griff das Thema sofort auf und brachte die Badepreise erneut auf die Tagesordnung.

Mehrheit stellt sich taub

Obwohl die Verwaltung vorschlug, auf die Jahreskarte zu verzichten und stattdessen eine 100er-Mehrfachkarte anzubieten (was den Vielschwimmern etwas Vergünstigung gebracht hätte), stellte sich die Mehrheit taub und verhinderte diese Lösung.

Die DKP bedauert, dass die höheren Badepreise viele Besucher veranlassen könnten, das Stadtbad nicht mehr so oft zu frequentieren. Wir sind dafür, das Trimmtreff als soziale Einrichtung dauerhaft zu erhalten. Dazu gehören aber auch bezahlbare Eintrittspreise.

